



Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt für einen Jahrgang im Voraus 120 Pfg. Berlin 120 Pfg. Die 'Freiheit' ist in allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Preis 10 Pfg. pro Exemplar. Redaktion: Berlin NW 5, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Norden 2895 und 2896.

Interesse haben die Mitglieder des Reichsausschusses über ihren Namen 15 Pfg. 'Meine Zeitung' das Reichsdruckwerk 40 Pfg. 1919 weiter Wert 20 Pfg. Eisenbahnpost 50 Pfg. Bei Familien- und Ortsabonnements 10 Pfg. der Zuschlag tritt. Inhaber für den herausgegebenen Tag müssen spätestens bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Expedition: Berlin NW 5, Schiffbauerdamm 19, Verleger: Kurt Norden 2895.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2 Mittwoch, den 26. Februar 1919 Nummer 102

Zusammentritt des bayrischen Rätekongresses.

Kongress der Arbeiter- Bauern- und Soldatenräte in München.

Privattelegramm der 'Freiheit'. München, 25. Februar.

Im Sitzungssaal des Landtags trat am Dienstag nachmittag der Kongress der Landes-, Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zusammen, um Stellung zu nehmen zu den gewaltigen politischen Ereignissen der letzten Tage. Zum Gedächtnis an den ermordeten Ministerpräsidenten und Führer der Revolution Kurt Eisner, trug die Mäand beim Präsidententisch das Bildnis Eisners, dekoriert mit roten und schwarzen Tüchern. Etwa 200 Delegierte der A., B. und S.-Räte hatten sich eingefunden, unter ihnen die in der letzten Zeit diegenannten Führer der einzelnen Gruppen. Als einen der ersten im Sitzungssaal sah man den ehemaligen Kultusminister Hoffmann, von dem behauptet worden war, daß er seit Sonnabend verschunden sei. Auf den Journalistentribünen waren auch Vertreter der ausländischen Zeitungen tätig.

Präsident Kistlich eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführte, daß niemand daran gedacht hätte, daß das Zusammentreten des Kongresses so rasch wieder erfolgen würde. Wir alle stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Ereignisses des letzten Freitag. Genosse Eisner ist tot. Das Haus erhebt sich.

Der Präsident führt darauf aus, was Eisner für das Proletariat bedeutet hat und wie spontan sich die Arbeiterschaft zusammengesetzt hat, um ihrer Trauer Ausdruck zu geben. Eisner, sagte er, war ein Mann, dessen Heimat in der Welt der Ideen gewesen ist, ein Mann, der sich heimlich gefühlt hat auf den Höhen des Geistes. Zu den Höhen seines Geistes wollte er auch die Massen hinführen. Er trieb eine Politik, die darauf hinauslief, dem deutschen Vaterland im Auslande wieder das Ansehen zu verschaffen, das es in den Kriegsjahren einzubüßt hat. Wir alle beweinen ihn und untergehen wird er leben im Herzen aller Proletarier. Eisner ist tot, sein Ministerkollege Auer schwebt zwischen Tod und Leben. Voll Abscheu blickten wir auf die grauliche Tat. Wir alle bekennen uns als Gegner des politischen Mordes, sei es ein Graf oder ein Proletarier. Wir wünschen dem schwerverwundeten Genossen Auer baldige Genesung. Unsere Aufgabe ist es jetzt, uns unserer Verantwortung bewußt zu sein. Bayern, unser Volk über die schweren Stunden hinweg zu helfen. Wir können dies am besten dadurch, daß wir uns als Aufgabe stellen, das Vermächtnis des teuren Toten zu verwirklichen. (Zustimmung.)

Der Vorsitzende des Soldatenrates, Sauber, sagte unter anderem: Man hat am 20. den Staatsreich versucht. Er ist mißglückt. Man glaubte, am 21. ihn besser durchzuführen zu können. Alle Vorbereitungen waren, wie feststeht, auch an diesem Tage getroffen. Durch rechtzeitige Gegenmaßnahmen sind denn auch an diesem Tage die Pläne der Gegenrevolutionäre zu Fall gekommen, wie sie auch weiterhin zu Fall kommen werden sollen.

Der Landtag wird erst zusammentreten, wenn die Verhältnisse sich geändert haben. Die Presse darf nie wieder in der bisherigen Art erscheinen. Sie ist die Ordnungsinne gewesen. Die Arbeiter- und Soldatenräte verlangen in erster Linie die Abschaffung des Heeres und statt dessen die Bildung einer Arbeiterwehr. Eine große Reihe von Offizieren ist bereits aus dem Kriegsministerium entfernt. Von Bayern aus wird sich die zweite Revolution in ganz Deutschland vollziehen.

Hans Müller, Würzburg, vom Armeekorpsrat sagte: Die provisorischen Verordnungen Kohlhaupters sind noch immer in Kraft. Sie müssen sofort beseitigt werden, da die Offiziere sich immer noch auf diese Verordnungen stützen können.

Gustav Landauer führte aus: Die Masse der alten Zustände sind radikal zu entfernen. Wir sind seit dem 21. Februar in der zweiten Revolution. Eine Revolution ist nur zu retten, wenn man sie weiterführt. Landauer rief unter dem Beifall der ganzen Versammlung: Duldet keine Niedertracht! Erlaubt in Zukunft nie mehr, daß entsteht und gefährdet wird durch die Presse, die den Nord an Eisner verdächtigt hat. Diese Presse muß in Zukunft in Bayern nicht nur unter Aufsicht gestellt werden, sondern sie muß unter der Mitarbeit des Zentralrates erscheinen. Der Bauer wird nicht mehr gegen den bäuerlichen Arbeiter ausgebeutet werden

können, wenn wir ihn angeklagt haben. Sie gehören zusammen und sind auf gegenseitige Hilfe angewiesen.

Landauer beantragt, der Kongress möge sich zunächst souverän erklären. Er sei das auf Grund eines Beschlusses des Zentralrates, der der Versammlung vorliegt, und in dem es heißt: 'Wir empfehlen, der Öffentlichkeit und dem Kaiserpräsidenten Jäger sofort mitzuteilen, daß der Landtag aus Gründen seiner eigenen Sicherheit und in Anbetracht der Volkstimung vertagt bleibe.' Der heute zusammengesetzte Landes-, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat soll den Unterstit 'Provisorischer Nationalrat' erhalten. Der Rätekongress (Provisorischer Nationalrat) des freien Volksstaates Bayern ist bis zum Zusammentritt der auf Grund einer neu zu schaffenden Verfassung einzuberufenden gesetzgebenden Körperschaft Träger der ihm von arbeitenden Volk übergebenen höchsten Gewalt. Er bildet zur Übernahme der Geschäfte einen Aktionsausschuss, dessen Mitglieder jederzeit vom Rätekongress abberufen werden können. Der Aktionsausschuss bildet den Provisorischen Nationalrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können.

Bis zum Zusammentritt des Rätekongresses übt der Zentralrat gesetzgebende Gewalt aus. Er ist dem provisorischen Aktionsausschuss der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns verantwortlich. Der provisorische Zentralrat bestimmt das Ministerium, er entsendet zusammen mit den Ministern die Grundlinien eines politischen Programms, an das die Minister gebunden sind. Das Ministerium wird vom Rätekongress beauftragt und neu gebildet. Bei Zusammentritt des Rätekongresses legen der provisorische Zentralrat und der provisorische Aktionsausschuss (Hoe Nemler in die Hände des Rätekongresses zurück.

Nach Landauer sprach Dr. Levien. Er forderte die Einsetzung der Räterepublik und die Souveränität der Arbeiter- und Soldatenräte. 'Ich bin gegen Attentate von rechts und von links.' Levien wandte sich dann sehr scharf gegen die Verhöhnungen und Uebertreibungen der deutschen bürgerlichen Presse, ganz besonders aber der Berliner Zeitungen, die über ein Blutbad in München berichten und alles tun, was zur Verhöhnung und Verleumdung möglich ist. Hier ist kein Blutbad angerichtet worden. Die beträchtliche Mäand sind die Verichte des 'Vorwärts' aus München.

Ein Bauernvertreter erklärte, er sei Mehrheitssozialist, aber er schämte sich seiner Partei, wenn er Blätter wie den 'Vorwärts' und sogar die 'Münchener Post' in die Hände bekomme und ihre unmahren, heberischen Artikel lese.

Darauf wird eine Deputation einer Versammlung aus dem Wagneraal empfangen und zum Kongress zugelassen. Der Sprecher machte Mitteilung von einer Resolution, die von 5000 Arbeitern und Soldaten angenommen wurde, die sofortige Ausrufung der Räterepublik und endgültige Auflösung des Landtages fordert, der nie wieder zusammentreten solle.

Dann kommt es zu einer dramatischen Szene. Es werden zwei Kommunisten in den Saal geführt, die festgenommen und später von einer Wachenwache schwer mißhandelt worden sind. Die beiden entblößten ihre Oberkörper und zeigen der Versammlung die Spuren der schweren Verletzungen. In der Debatte verlangt Sauber eine Kommission, die den Vorfall untersuchen soll.

Die Bildung der bayerischen Regierung.

Dr. Kuhlmann, der gestern abend in München eingetroffen ist, hat bis jetzt noch keine feste Zusicherung gegeben, daß er das Ministerium des Reiches übernimmt. Auch über die Besetzung des Kabinetts ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Am Dienstag abend tagt ein Ministerium. Alle Meinungen, die Sichereres und Bestimmteres zu wissen behaupten, greifen den Tatsachen voraus.

Die Bestattung Eisners.

München, 25. Februar. Der Zentralrat des Volksstaates Bayern erklärt: Am Mittwoch ruht im ganzen Lande die Arbeit. Vergünstigungen jeder Art, öffentliche oder private, finden nicht statt. Anlässlich der Bestattung Eisners ist der Mittwoch als Landestrauertag erklärt worden.

Der Verrat an der Revolution.

Von Richard Müller.

Heute versammeln sich die Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, um ihre Existenz zu verteidigen. Soweit es sich überlegen läßt, werden sie sich mit überwältigender Mehrheit auf den Boden des Räteystems stellen. In welcher Form das Räteystem in der künftigen Reichsverfassung verankert werden soll, ist die strittige Frage. Ein Teil verlangt die Arbeiterräte als politische und wirtschaftliche, ein anderer Teil nur als wirtschaftliche Faktor, während ein kleiner Rest überhaupt nichts davon wissen will.

Zunehmend hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß unser zusammengebrochenes Wirtschaftsleben ohne die Arbeiterräte überhaupt nicht wieder aufgerichtet werden kann. Die Arbeiter zeigen auch wenig Lust, den alten kapitalistischen militärischen Staat wieder aufzurichten. Sie sind aber bereit, alles zu opfern für ein sozialistisches Staatswesen.

Die gesamten deutschen Unternehmerverbände, die gefährlichste Schärnwachorganisation an der Spitze, haben sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften, dem Gewerksverein Dr. v. Dunder und den laienmännlichen und technischen Verbänden zu einer 'Arbeitsgemeinschaft' zusammengeschlossen. Es sind Hochgruppen mit Untergruppen sowie ein Zentralvorstand und ein Zentralausschuss vorsehen. Alle diese Organe sind paritätisch zusammengesetzt.

Wir müssen uns zunächst die Entstehung dieser Arbeitsgemeinschaft vor Augen halten, damit wir ein sicheres Urteil gewinnen.

Bereits während des Krieges haben die leitenden Männer der deutschen Gewerkschaften und der Rechtssozialisten gemeinsam mit einigen Intellektuellen eine 'Arbeitsgemeinschaft der Klassen' angestrebt. Die kapitalistische Presse antwortete den Herrschenden mit einem Hobnackel und wir hielten das ganze Gebaren für eine Kriegspolizei. Tessen ungeachtet verfolgten die Herren Regien und Konforten ihr Ziel weiter. Der 'Volksbund für Freiheit und Vaterland' war ihr erstes organisatorisches Gebilde.

Am 9. Oktober 1918 erhielt Herr Hugo Stinnes von den Eisenindustriellen und dem Fachverband den Auftrag, mit den Gewerkschaften zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft in Verhandlungen zu treten. Zunächst wurden die Verhandlungen in Rheinland-Westfalen geführt und Anfang November in Berlin fortgesetzt. Beteiligt waren u. a. die Herren Hugo Stinnes, Generaldirektor Böglner (der kürzlich in der Nationalversammlung die bekannte Rede hielt), Generaldirektor Eugenberg, Ernst v. Vorwig, Friedrich v. Siemens als Unternehmervertreter, die Herren Regien, Leipart, Schilde, Siegrwald, Hartmann, Dr. Hölle als Arbeitervertreter.

Es war sicherlich für die Herren Gewerkschaftsführer ein unbeschreiblicher Triumph, als der bekannte Schärnwacher Hugo Stinnes kam und sich zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft bereit fand. Die Gewerkschaftsböden konnten nunmehr ihren Ritualen die Früchte ihrer Kriegspolitik in greifbarer Gestalt überreichen. Die Arbeitsgemeinschaft der Klassen war perfekt geworden.

Der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Herr Dr. Reichert, hat am 30. Dezember 1918 in Essen in einem Vortrag die Gründe offenbart, die Herrn Hugo Stinnes bewegen, Anknüpfung an die Gewerkschaften zu suchen. Herr Dr. Reichert teilt mit, daß am 9. Oktober 1918 im Stahlhof zu Düsseldorf die Schärnwach eine Sitzung abhielt, die durch den Zusammenbruch unserer Kriegs- und Wirtschaftspolitik den erforderlichen Nachdruck erhielt. Wörtlich führte Dr. Reichert aus:

Zufällig war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, aber alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?

Als die Angst vor der Sozialisierung, die Angst vor der nahenden Revolution bemog die Schärnwach nach einem Verbündeten zu suchen. Die Reiterung des Prinzen Max

von Boden konnte für die Unternehmer keine Stütze sein. Deshalb erklärt Herr Dr. Reichert:

„Einen übertragenden Einfluss haben nur die organisierte Arbeiterbewegung zu haben. Daraus zog man den Schluss: Inmitten der allgemeinen großen Unruhe, angesichts der wachsenden Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur in der Arbeiterbewegung starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“

Dr. Reichert gibt offen zu, daß es den Unternehmern nicht leicht gefallen ist, mit den Gewerkschaften ein Bündnis zu schließen. Man habe sich auch zu Gegenleistungen bereit finden müssen. Resigniert führt er aus:

„Aber was hilft es! Das Opfer mußte gebracht werden. Und es müssen wohl noch weitere Opfer in Zukunft verlangt werden, aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit und ferner aus der politischen Notwendigkeit.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer und Gewerkschaftsführer war geschlossen. Am 6. November 1918 verlangten sie von der Regierung die Schaffung eines Demobilisationsamtes.

Die Verhandlungen des Gewerkschaftsführers mit den Schwerindustriellen wurden am 15. November 1918, sechs Tage nach der Revolution, abgeschlossen. In dieser Zeit, wo die gesamte politische Macht in den Händen der Arbeiterräte lag, trat diese Gesellschaft zusammen und legte die Art an die Errungenschaften der Revolution. Nichts von Sozialismus, nichts von Sicherung der privatkapitalistischen Produktionsmittel!

Was sind die wesentlichen Vereinbarungen, die von diesen Herrschaften getroffen wurden? Erstens wurden die Gewerkschaften anerkannt. Zweitens wurde die Koalitionsfreiheit garantiert. An dritter Stelle regelte man das Verhältnis der Unternehmer zu den gelben Gewerksvereinen. Diese sollten in Zukunft von den Unternehmern nicht mehr unterstützt werden. Sie sollen sich selbst helfen. Doch lassen wir Herrn Dr. Reichert darüber selbst sprechen:

„Ein weiterer Punkt betrifft die „Preisgabe“ der gelben Gewerksvereine, ein Punkt, wegen des Abkommens von vielen Arbeitgebern angefochten worden ist. Es ist nicht ein Falllassen der Gelben, sondern es bedeutet die Einräumung einer Karenzzeit innerhalb der die Gelben ihre Existenzberechtigung beweisen sollen, worauf dann auch die gelben Arbeitervereine als berechtigte Vertretungen der Arbeiterschaft auftreten können.“

Also eine vollständige „Preisgabe“ der gelben Gewerksvereine konnten die Herren Leigen und Konforten in den revolutionären Novembertagen von den Schwerindustriellen nicht herauslocken. Diese werden schon dafür sorgen, daß die gelben Schiffsleute der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft in den Rücken fallen.

Der vierte Punkt der Vereinbarung besaß sich auf die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer. Die Unternehmer saßen das zu, aber nur soweit sie dazu in der Lage sind. Der fünfte Punkt betrifft die Schaffung verlässlicher Arbeitsnachweise. An letzter Stelle stehen die Kollektivverträge, dann folgen noch die Arbeiterausschüsse, Einlaßauswärtiger und Schlichtungsausschüsse. Ein besonders reiches Angebot wurde erreicht durch den Achtstundentag. Warum billigten die Schmarotzer den Achtstundentag? Herr Dr. Reichert gibt uns Auskunft:

„Der Achtstundentag ist eine der Ältesten Forderungen der organisierten Arbeiter. Ferner war bei einer Revolutionsepoche, die lediglich aus Arbeiterkämpfen besteht, zu befürchten, daß mangels des Einigenkommens der Unternehmer der Achtstundentag Gesetz werde. Zweifellos ist freiwillig gewährt doppelt soviel wert, als wenn man es auf ein Zwangsgebot ankommen läßt.“

Dies haben wir die Gründe für diese Errungenschaft. Aber Herr Dr. Reichert beruhigt seine Zuhörer. Er meinte, das sei doch nur vorübergehend. Wenn die Entente den Achtstundentag nicht einsetzt, dann würden wir ihn auch fallen lassen. Die Arbeiterschaft weiß nun, was ihr bevorsteht.

Die anderen Vereinbarungen sind belanglos. Es sei aber nochmals auf die vorläufige Regelung der Koch- und Bezirksgruppenvereine hingewiesen. Doch da fand Herr Dr. Reichert auch noch eine gute Note für die Unternehmer. Er meinte, man würde auch dort, wo wenig christlich organisierte Arbeiter vorhanden sind, wenigstens einen christlichen Vertreter erhalten. Wenn wenigstens ein Vertreter der Christlichen da ist, dann können die Unternehmer hoffen, diesen auf ihre Seite zu ziehen; dann verfügen sie über die Mehrheit in der Arbeitsgemeinschaft.

Dr. Reichert kann seine Auftraggeber noch weiter beruhigen. Der Punkt 11 der Vereinbarung bestimmt nämlich, daß dem Zentralrat die Entscheidung zusteht über grundsätzliche Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. In diesem Zentralrat sollen nämlich diejenigen Unter- und Arbeitnehmer sitzen, die schon lange an leitender Stelle in den Verbänden stehen, nämlich die führenden Männer der Vereinigung der deutschen Arbeitgebern und der Generalkommission der Gewerkschaften. Die Unternehmer scheinen zu den führenden Männern der Gewerkschaften ein besonderes Vertrauen zu haben.

Es ist ein starkes Stück: Diese Gesellschaft schließt hinter dem Rücken der Arbeiterschaft eine Vereinbarung mit den Unternehmern und sichert sich dabei die höchsten Posten. Nun, die Arbeiter werden den Herren von der Generalkommission und den Verbandsvorständen die Antwort nicht schuldig bleiben.

Ueber den Aufbau der künftigen Industrieorganisation sagt Dr. Reichert folgendes:

„Die in den einzelnen deutschen Revieren vorhandenen Unternehmerverbände — ich belasse ausdrücklich: Unternehmerverbände, weil ich darin zusammenfasse die Arbeitgeber- und die wirtschaftspolitischen Verbände der Industriellen — bilden zusammen mit den Verbänden der Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitsgemeinschaft, die nach der Satzung als Untergruppe fungiert. Die Arbeitsgemeinschaft z. B. des Ruhrkohlenbergbaues tritt mit der Arbeitsgemeinschaft des oberhessischen Steinkohlenbergbaues, mit der des Saarreviers und von Sachsen zusammen und diese drei Revierarbeitsgemeinschaften bilden dann die Reichsarbeitsgemeinschaft oder die Kartellgruppe des deutschen Steinkohlenbergbaues. Wascheidekt kommt der Erzbergbau und der Kalibergbau dazu, so daß womöglich der ganze Bergbau eine Kartellgruppe bildet. In derselben Weise soll sich der Industriezweig der Industriezweige der Gründung der Arbeitsgemeinschaft vollziehen. Die Reichsarbeitsgemeinschaften bilden ihrerseits mit ihren Delegierten den Zentralrat. Dieses Parlament entsendet in den Zentralrat 24 Männer, welche die Spitze bilden. So schaffen wir im Aufbau

gewissermaßen eine Pyramide, deren Spitze von unten bis oben paritätisch zusammengesetzt. Der Unterbau der Pyramide würde etwa eine Körpergröße ausmachen, die dem jetzigen Deutschen Industriekongress entspricht, der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände entsprechen würde. Der andere Teil umfaßt sämtliche Organisationen der Arbeiterschaft.“

Zur Förderung der Arbeiten wird es zweckmäßig sein, eine Kommission für Sozialpolitik zu bilden, und eine für Wirtschaftspolitik. Möglicherweise bilden sich für die Behandlung der sozialpolitischen Fragen je eine Abteilung für Angestelltenfragen und für Arbeiterfragen.“

So sieht das künftige deutsche Wirtschaftsparlament aus. Es ist paritätisch zusammengesetzt, aber, wie Dr. Reichert ganz mit Recht betont, die Unternehmer werden ihr wirtschaftliches Übergewicht ausüben und genügend „Arbeiter“ auf ihre Seite ziehen.

Das neue Wirtschaftsparlament zeigt nicht eine Spur sozialisierender Bestrebungen. Es bleibt alles wie bisher. Der alte kapitalistische Staat soll neu fundiert werden. Um die revolutionär gesinnte Arbeiterschaft zu beruhigen oder aber um auch nur einen Teil der Arbeiterschaft zufriedenzustellen und dadurch diese zu spalten, wird Parität gewährt, die nur auf dem Papier steht. Die Arbeiterräte finden in diesem Programm keinen Platz. Sie sind erledigt.

Die Männer, die dieses konterrevolutionäre Projekt ausgearbeitet haben, stehen politisch im Lager der Rechtssozialisten bis zu den Konföderationen. Sicherlich wird die gegenwärtige Regierung dieser Spaltgeburt einer revolutionären Zeit ihren Segen geben. Soll das revolutionäre Proletariat das gefallen lassen? Nein! Hier gilt es zu kämpfen! Hier müssen die Arbeiterräte auf dem Plan erscheinen und diesen Anschlag auf die Errungenschaften der Revolution durch einen Gegenschlag zu parieren suchen! Sofort muß ein Zentralkongress der Arbeiterräte zusammentreten, der das Rätesystem für unser künftiges Wirtschaftsleben festlegt.

Einig gegen das Räte III.

Amlich wird kundgegeben: Von einem Spinnradmüllergesetz, das sich bereits durch die Inflationierung des Brodbrot-Preissteigerungs Schwandels unangenehm bemerkbar gemacht hat, wird die Nachricht verbreitet, daß bestimmte Mitglieder des Kabinetts, darunter Scheibemann, erwägen, in irgendeiner Form das Rätesystem in den Verwaltungssystemen einzufügen. Es wird ferner behauptet, daß sich ein Versuch die entscheidende Gegenkraft des Zentrums und der Demokraten im Kabinett hervorzuheben würde, und daß es infolgedessen zu einer Kabinettkrise kommen könnte. An dieser ganzen Mitteilung ist kein wahres Wort. Gewerkschaften sind die Leichterfertigkeit, mit der diese völlig falschen Nachrichten in die Welt gesetzt werden, und die Gewissenhaftigkeit, mit der hier der nur gar zu durchsichtige Versuch gemacht wird, die ruhige Arbeit des Kabinetts durch Aufregung zu führen. Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Rätesystem in irgend welcher Form, sei es in die Verfassung, sei es in den Verwaltungssystemen einzufügen. Das ist insbesondere die Sozialdemokratie es auf das schärfste ablehnt, die Demokratie durch die Diktatur, die notwendig mit dem politischen Rätesystem verbunden ist, zu trüben, hierfür hinsichtlich jedermann bekannt sein. Die verantwortlichen Stellen haben sich zugestanden, daß die Räteorganisation innerhalb der einzelnen Bereiche als Vermittlungsinstrument zwischen diesen und den Gewerkschaften wohl erhalten werden könnte, aber stets haben sie ebenso klar zum Ausdruck gebracht, daß außer diesen Betriebsräten von dem ganzen Rätesystem für die deutsche Republik nichts brauchbar wäre. Das Kabinett weiß sich in allen hierher gehörenden Fragen vollständig einig, und es ist darum völlig sinnlos, durch zufällige Sensationen ihm Kränze anzuhängen.

Daß die Rechtssozialisten in der Regierung auch noch den jüngsten Ereignissen im Reiche es für angemessen erachten, mit einer solchen Arieberklärung an das Rätesystem heranzutreten, kennzeichnet nicht nur ihre völlige politische Verwirrung, sondern auch den Grad ihrer Abhängigkeit von dem Wohlwollen ihrer liberalen und liberalen Blockbrüder.

Einberufung des zweiten Rätekongresses.

In der Sitzung vom 25. Februar besprach der Zentralrat die Frage der Einberufung eines neuen Rätekongresses und beschloß nach eingehender Beratung ihn für Ende März einzuberufen. Es wurde eine Kommission ernannt, die sofort mit den nötigen Vorbereitungen beginnen soll.

Schon am 31. Januar hatte die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins den Zentralrat aufgefordert, einen allgemeinen Konvent der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen. Dazu nahm der Zentralrat in seiner Erklärung vom 8. Februar in einer Weise Stellung, die das Bestreben zeigte, die Einberufung des Rätekongresses nach Möglichkeit hinauszuziehen. Das energische Drängen der A- und S-Räte in Berlin und im Reiche hat schließlich den Zentralrat zu dem oben wiedergegebenen Beschluß veranlaßt. Er kann aber in keiner Weise die A- und S-Räte befriedigen, da der Termin viel zu spät angesetzt ist. Nachdem durch die Sabotage des Zentralrats einige Wochen verloren gegangen sind, können die A- und S-Räte unmöglich bis Ende März warten, um zum Konvent zusammenzutreten. Die aktuellen Probleme, die sich täglich in immer größerer Fülle vor dem Proletariat aufhäufen, verlangen die nächste Einberufung des Rätekongresses. An dem Zentralrat ist deshalb die Forderung zu richten, die Einberufung des Konventes in nächster Zeit zu beschleunigen.

Ein Wort der Warnung.

Privattelegramm der „Freiheit“.

München, 25. Februar.
Die Münchner Zeitungen, die alle unter Vorzeichen des Zentralrats erscheinen, veröffentlichen heute einen Leitartikel unter der Überschrift „An Preußen“, in dem es heißt: „Angehören ist gegeben. In dieser Stunde sei ein Wort gerichtet an Berlin und Weimar, ein Wort der Warnung. Der erste Schritt der Vorbereitung, Öden und Vernehmen es die Schiedsmann und Räte, alle die erlauchten Sprecher auf der Nationalversammlung“

Was auch die nächsten Tage in München bringen werden: Ihre Hände bleiben fern. Keine Reichsinterventionsgelenke, keine eisernen Divisionen. Hier, wenn irgendwo, ist bayrisches Reservatrecht. Wage niemand, es anzutasten. Deutschland und das Reich könnten darüber in Trümmern gehen.“

Bestellte Hege.

Die gesamte bürgerliche Presse weiß von „neueplanten Spartakistenputzchen“ zu berichten. Es soll sogar schon wieder zu Schieberereien gekommen sein, und zwar im Revierbezirk. Wie bezweifeln nicht, daß abgeschlossen worden ist. Aber von wem? Geführt ist niemand, geführt ist niemand. Doch ein auch nur halbwegs ernst zu nehmender, politisch interessierter Mensch in dem von Soldaten strotzenden Revierbezirk blindlings ins Dunkel knallt und für diesen Unfug sein Leben aufs Spiel setzt, das zu aluden, sind wohl auch Ulstein-Dourakisten nicht dumm genug. Das hindert diese Burden aber nicht, frech und fröhlich zu verkünden: „Spartakisten haben abgeschlossen!“

In Wahrheit werden diese Schieberereien auf die altbekannte Art zustande gekommen sein: den tapferen Krieger werden mal wieder ihre Gewehre losgelassen sein. Wenn sie nicht aus abstrakt ein bishen gequält haben. Das ist sehr wohl möglich. Sind doch sie die einzigen, die ein Interesse daran haben, daß geschlossen wird. Sind sie doch nur so lange nötig, als noch „Unruhen“ herrschen.

Was für eine Rolle aber die Presse in dieser Sache spielt, das wird durch eine Rundschreiben der famosen „Garde-Kavallerie-Schützen-Division“ enthüllt, die unter der Kabriemärke „Vertraulich“ verbreitet wird. Darin heißt es:

„Es gilt, dem Einwohner zu zeigen, daß Spartakus nicht tot ist! Im Gegenteil, daß er schafft und organisiert und einen neuen, kräftigen Schlag vorbereitet, so eifrig, wie bisher noch nie. Es gilt, dem Einwohner die ganze Größe der Gefahr zu zeigen, mit ihren für jeden von uns vernichtenden Folgen. Es gilt, den Einwohner herauszureißen aus dem Gefühl der Sicherheit.“

Wir bitten, alle politischen Parteien, alle Zeitungen, Zeitungen, alle Korporationen, Vereine und dergleichen — wir bitten jeden einzelnen, der sieht, aufzufahren, immerfort und überall! Wir bitten, den uns alle einigenden Gedanken der Selbsterhaltung mit zu werden und zu verbreiten!“

Das heißt auf deutsch: „Verbreitet Knall vor Spartakus! Beunruhigt! Seht!“ Und die bürgerliche Presse, der „Vorwärts“ selbstverständlich an der Spitze, folgt diesem Ruf mit Begeisterung. Sie „läßt auf“. Das heißt, sie beunruhigt, sie bebt, sie läßt.

Keine Schulmeißerei!

Die „Mots Jahne“ entzweit sich mit dem aufgeregten Letzten darüber, daß unsere Partei es abgesehen hat, an einer Protestaktion wegen der Vorgänge im Ruhrrevier teilzunehmen. Die Protestaktion gegen die Denkerinade des Lebenskapital — Kriecher — ist an der Spitze der U.S.V.D. gelistet! Weiter wird uns unterstellt, wir hätten nichtigstes zu tun: wir seien dabei, uns mit den Scheibemannern zu vereinigen und die revolutionären Aufgaben zu verraten.

Auf diese Unterstellung eingegangen, haben wir im Augenblick keine Veranlassung — jeder denkende Arbeiter wird die Demagogie dieses Angriffs erkennen und gebührend zurückweisen.

Wertwürdig erscheint indes, daß das kommunistische Zentralorgan ein so großes Gewicht auf die Mitwirkung einer Partei legt, die es schon ungenügende Male unterjocht und als „linkenber Leichnam“ abgetan hat. Anstehend hat sich die „Mots Jahne“ aus den Missetaten ihrer Kasse überzeugt, daß ohne Mitwirkung der so genannten U.S.V. jede revolutionäre Aktion zum Scheitern verurteilt ist. Sie wird es daher schon unserer Partei überlassen müssen, den Zeitpunkt für ihre Aktionen zu wählen und ihren Charakter zu bestimmen.

Der sächsische Landtag.

Dresden, 25. Februar. Die neugewählte Kammer für den Freistaat Sachsen trat heute nachmittags 8 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zum Präsidenten wurde mit 83 von 91 abgegebenen Stimmen Hg. Präschoff (Rechtssozialdemokrat) gewählt; zum ersten Vizepräsidenten Hg. Dr. Dietel (Deutscher Demokrat) mit 84 von 91 abgegebenen Stimmen, zum zweiten Vizepräsidenten Hg. Lipinski (Unabhängiger Sozialdemokrat) mit 84 von 91 abgegebenen Stimmen. Die drei Gewählten nahmen die Wahl an. Nach der Wahl der Schlichter und einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte verlagte sich das Haus auf morgen vormittag.

Hofnachrichten.

Die „Neue Berliner“ meldet: Wie wir hören, ist die Kaiserin gestern die bisherige Wohnung des Grafen von Salm-Reibnitz in der Wendischstraße (Tiergartenviertel) bezogen. Sie ist mit Staatsmöbeln vornehm ausgestattet und umfaßt insgesamt circa dreißig Zimmer.

Vorabendverhandlungen in Sicht.

Paris, 25. Febr. Laut Sabas besagt der diplomatische Situationsbericht, daß das demnächstige Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland noch nicht erteilt worden ist. Vorkonferenzen darüber sind arbeitsenteils ununterbrochen; der Entwurf der militärischen Sachverständigen ist noch nicht abgeschlossen, und in Abwesenheit von Clemenceau, Lloyd George und Orlando kann die Frage nicht erteilt werden. Man hat bereits, der Entwurf sehe die Entwerfung Deutschlands zu Lande und zur See vor; unabweisbar beabsichtigen die Alliierten, dem Abkommen über Marine- und Seeresangelegenheiten Bestimmungen über Gebiets- und Finanzfragen anzuhängen, was an Stelle eines rein militärischen Abkommens wirkliche Vor-Präliminarien (avant-préliminaires) des Friedens setzen würde. Die fünf Großmächte betreffenden Fragen sofort und vollständig lösen und sind in keiner Beziehung verschiedene Meinungen. Die ausländischen Taktik sind aufzufordern worden, ihre Arbeiten möglichst zu beschleunigen und dem Konferenzzusatz ihre Vorschläge unverzüglich zu unter-

breiten. Nebenfalls ist keine Rede von einer Vertagung der Unterjochung Deutschlands zu dem neuen, die Grundlagen des Präliminarfriedens enthaltenden Waffenstillstandsabkommen um einige Wochen oder gar ein bis zwei Monate.

Vom inneren Kriegsschauplatz.

Die Haltung der Regierung.

Die von der Regierung angekündigte Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet wird von ihr nicht eingehalten. Vielmehr werden die Verhandlungen über die Zurückziehung der Truppen hinausgeschoben. Wolffs Bureau meldet aus Essen folgendes:

Die Verhandlungen mit dem Generalkommando über Zurückziehung der Regierungstruppen bis nördlich der Lippe, die ursprünglich am 25. Februar stattfinden sollten, sind auf den 27. Februar verschoben worden, weil die Entlassung aus technischen Gründen bisher noch nicht genügend weit durchgeführt werden konnte. Außerdem konnte der eingeladene Regierungvertreter noch nicht eintreffen. Auf der Konferenz soll eine einheitliche Neubildung der Sicherheitswehren im ganzen Industriegebiet erfolgen. Geplant ist der Anschluß der Sicherheitswehren an die amtlichen Polizeibehörden, darüber hinaus Schaffung einer Volkswache für das Industriegebiet. Zu den Besprechungen sind außer den drei sozialistischen Parteien auch die beteiligten Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Gewerkschaften und die Stadtverwaltungen der großen Industrieplätze durch das Generalkommando eingeladen.

Au dieser Zeit werden Maßnahmen getroffen, um — entgegen den getroffenen Vereinbarungen — in das Ruhrgebiet einzumarschieren, um dort die Moskische „Ordnung“ aufzurichten. Bezeichnend für diese Macho ist folgendes Telegramm der offiziellen „Deutschen Wg. Ztg.“ aus Münster:

Trotz Bemühungen einzelner Führer ist an vielen Stellen krasse Ueberschreitung der Waffenstillstandsbedingungen gemeldet. Das Generalkommando kann nicht dulden, daß dicht gegenüber bereitstehenden Truppen große Ausschreitungen vorkommen. Es ist deshalb genötigt, überall dort, wo es den gegenwärtigen Führern nicht gelingt, die Ordnung durchzusetzen, seinerseits vor der Front Ordnung zu schaffen.

Nach einer Meldung der „Wolff. Bzg.“, die allerdings noch nicht amtlich bestätigt ist, soll schon gestern der Vormarsch der Regierungstruppen begonnen haben, der zur Besetzung so vieler Städte des Industriegebietes, einschließlich Düsseldorf, führen soll. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, kann mit den schlimmsten Komplikationen gerechnet werden. Der erneute Einmarsch der Truppen und die Besetzung der Städte bedeutet nicht nur einen schmachvollen Wortbruch der Regierung, sondern auch eine Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft, die sich ein solches provokatorisches Vorgehen nicht gefallen lassen wird.

Umwälzung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 25. Februar. (W. Z. B.) In Düsseldorf hat sich in der vergangenen Nacht eine große Umwälzung vollzogen. Der aus Unabhängigen und Sozialisten bestehende Arbeiterrat hatte gestern mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Wiederaufnahme des Generalkommandos abzulehnen. Daraufhin ist dieser Arbeiterrat von radikalen Elementen des Sozialisten und Arbeitlosen gekürzt worden. Die Unabhängigen, welche Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates waren, sind in sogenannte Sicherheitsrats genommen worden. Der neue Vollzugsrat soll den Generalkommando mit aller Stärke durchführen.

Keine Räterepublik in Mannheim.

Mannheim, 25. Februar. (W. Z. B.) Nach zweitägigen Verhandlungen ist zwischen den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen und der kommunistischen Partei eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande gekommen:

1. Die von der unabhängigen Partei und der kommunistischen Partei erklärte Räterepublik wird als nicht bestehend erklärt. Die Parteien erkennen die bisherige vorläufige Volksregierung an. Soweit sie dies nicht ausdrücklich tun, sind sie sich mit ihr ab. Der sogenannte revolutionäre Arbeiterrat tritt zurück. Das von ihm erklärte Standrecht und die von ihm getroffenen Verfügungen sind hinfällig.
2. Die von der unabhängigen Partei und der kommunistischen Partei besetzten Privat- und öffentlichen Gebäude werden sofort freigegeben. Der Presse wird volle Pressefreiheit gewährleistet.
3. Sämtliche Waffen und Munition sind sofort abzugeben. In dem Arbeiterrat tritt die unabhängige Partei 5 Sitze an die kommunistische Partei ab. Der Vollzugsrat wird best. aus 5 Vertretern der Mehrheitssozialisten, 3 Vertretern der Unabhängigen und einem Vertreter der Kommunisten.

Dann wird noch eine Bekanntmachung erlassen, daß sämtliche Privatbesitzungen, die Gewerkschaften und Munition ohne Berechtigungsbescheinigungen, diese bis spätestens 27. Februar abzuliefern haben.

Generalkrieg in Pirna.

Dresden, 25. Februar. (W. Z. B.) Als Protest gegen die Ermordung Kurt Eisners ist in Pirna der Generalkrieg erklärt worden. Sämtliche Betriebe haben die Arbeit eingestellt. Auch das Erscheinen des „Pirnaer Anzeigers“ ist von den Streikenden verhindert worden. In der Stadt sind die Führer der sächsischen Kommunisten, darunter der frühere Reichstagsabgeordnete Müller, eingekerkert, der noch einem Demonstrationsgang eine Anrede an die Arbeiterschaft richtete. Die Lage ist vollständig ungesichert.

Kämpfe in Plauen.

Plauen i. V., 25. Februar. (W. Z. B.) Nach einer Kettensoldatenversammlung besetzten gestern nachmittags bewaffnete Rotkosen und Zivilisten nach Entloftung der militärischen Sicherheitswachen das Rathaus, die Banken, die Post und andere öffentliche Gebäude. Auch die Kasernen wurde nach Verhandlungen an die Demonstranten übergeben. Die bürgerlichen Zeitungen sind vorläufig am Erscheinen verhindert.

Plauen i. V., 25. Februar. (W. Z. B.) Der Arbeiterrat, der gestern nach Absehung des A. und S. Rates die öffentliche Gewalt an sich gerissen hat, hat eine Bekanntmachung an alle Bewohner erlassen, wonach die von ihm gestellten revolutionären Truppen streng angewiesen sind, Leben und Eigentum aller Bewohner zu schützen. Die revolutionären Truppen haben alle öffentlichen Gebäude, die Rathhöfe, Polizeiwachen usw. im Besitz. Aus dem Landgerichtsbau haben die Sozialisten in der vergangenen Nacht 67 Straf- und Unter-

suchungsgefängnisse befreit. Heute vormittag 10 Uhr wurden die Kasernen von Sicherheitsstruppen zurückerobert. Es kam dabei zu Kämpfen, bei denen ein Mann getötet und mehrere schwer verwundet wurden. Nach den neuesten Meldungen soll der A. und S. Rat wieder eingesetzt sein. Die Lage ist augenblicklich noch ziemlich ungesichert, die Zeitungen können auch heute nicht erscheinen.

Generalkrieg in Mitteldeutschland.

Halle (Saale), 25. Februar. Der Generalkrieg der mitteldeutschen Bergleute, der Bergarbeiter der großen chemischen Fabriken und Städtewerke, der Eisenbahner und der Metallarbeiter ist heute eingetreten und gewinnt ständig an Ausdehnung. Dagegen sollen alle Rohabzweigbetriebe (Wasserwerke, Sägewerke, Schlachthöfe), wie durch Anschlag angekündigt wird, bis Sonnabend weiter arbeiten. Es handelt sich nach Mitteilung des Bezirksarbeiterrats beim Oberbergamt Halle bei diesem Streik um die Anerkennung der Betriebsräte durch die Reichsregierung.

Wie die offiziellen „W. Z. B.“ mitteilen, herrscht in Halle Ruhe. Die Bergarbeiter streiken im ganzen Gebiet, die Eisenbahner sind ebenfalls in den Streik getreten. Der Verkehr auf dem Bahnhofs ist eingestellt worden. In Halle selbst streiken bis jetzt Metall- und Holzarbeiter. Am Dienstag, 23. mittags 3 Uhr, fand eine Arbeiterversammlung statt, zusammen mit den Gewerkschaftsvorständen, wo weiteres über den Generalkrieg beschlossen werden sollte. Ein Aktionskomitee hat sich gebildet, das beabsichtigt aus dem Bezirks-Bergarbeiterrat, einem Vertreter der Unabhängigen, der Eisenbahner und Transportarbeiter, die allgemein zum Generalkrieg aufrufen. Der Soldatenrat hat einstimmig eine Kundgebung beschlossen, daß die gesamte Garnison Halle dem Generalkrieg fernbleibt und eine streng neutrale Haltung einnimmt wird. Die Garnison ist fest entschlossen, neben dem persönlichen Eigentum vor allem die Lebensmittelmagazine, Waffendepots und öffentlichen Gebäude sowie die Banken vor jedem Eingriff zu schützen. Ruhe und Ordnung müßten auf jeden Fall aufrechterhalten bleiben. Vor allem ermahnt der Soldatenrat alle Soldaten zu eiserner Selbstdisziplin. Zur Tagung des Arbeiterrates waren Pressevertreter nicht zugelassen. Von heute ab werden die Zeitungen ebenfalls nicht mehr erscheinen.

Am Mittwoch beabsichtigt das Völkertum einen Generalkrieg in Szene zu setzen. Zunächst sollen die Bergarbeiter streiken. Abgesehen von den Streikenden sind bisher nicht vorgekommen. Die Unabhängigen geben sich die größte Mühe, die Sache in möglicher Ruhe vor sich gehen zu lassen.

Eine russische Regierungserklärung.

Berlin, 25. Februar. (W. Z. B.) Die Regierung der russischen Sowjetrepublik verbreitet einen Punktpruch, in welchem sie die Richtigkeit der in einem nach ihrer Meinung amtlichen russischen Punktpruch vom 14. Februar enthaltenen Behauptung in Abrede stellt, bei Karl K. A. d. I. seien Dokumente gefunden worden, die beweisen, daß die russische Sowjetregierung gleichzeitig mit dem Ausbruch eines innerhalb Deutschlands geplanten bolschewistischen Aufstandes, einen bewaffneten Angriff auf das deutsche Gebiet zu unternehmen beabsichtigte. Sie erklärt im Gegenzug feierlich, daß sie keine Invasion und überhaupt keine Angriffe gegen Deutschland und im entferntesten beabsichtigt habe, und beruft sich zum Beweise dafür auf die Resolution des Zentral-Exekutiv-Komitees vom 8. Oktober, die nicht die mindeste Andeutung auf einen russischen Vorstoß gegen Deutschland enthalte, sondern nur von der Möglichkeit spreche, daß das von seinem Imperialismus sich heftende deutsche Volk, falls es gegen einen englischen und französischen Angriff die Hilfe des Sowjet-Rußlands benötigen sollte, auf dieselbe rechnen könne. Schließlich protestiert das Volkskommissariat des Außenbüros dagegen, daß nach Abgang der deutschen Okkupationsstruppen an ihrer Stelle auf dem Territorium der den Sowjet-Rußland befreundeten russischen und litauischen Sowjetrepubliken aus Freiwilligen gebildete deutsche Konformationen erscheinen.

Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat nahm in einer Sitzung zu dem obliegenden Verhalten einzelner Arbeitgeber Stellung, die sich weigern, die Arbeiterräte für ihre Tätigkeit zu entschädigen. Es vertritt das gegen die Bestimmungen der Regierung. Es soll daher gegen ein solches Verhalten der Unternehmer eingeschritten werden. Der Vollzugsrat beauftragte eine Kommission, die hierzu erforderlichen Schritte zu tun. Weitere Betriebe, insbesondere Staatsbetriebe sind andererseits betroffen, die durch die Tätigkeit der Arbeiterräte entstandenen Kosten möglichst hoch erscheinen zu lassen, offenbar, um die Einrichtung der Arbeiterräte in der Lebensmittel- und Bekleidungsindustrie, die im Rahmen der eigentlichen Tätigkeit der Betriebe liegen, die im Rahmen der eigentlichen Tätigkeit der Betriebe liegen, und wenn sie nicht vom Arbeiterrat erledigt werden, durch andere Ressorts der Behörden oder Vorstände erledigt werden müßten. Die Arbeiterräte werden angewiesen, dafür zu sorgen, daß nur solche Kosten in Rechnung gestellt werden, die durch die persönlichen und sonstigen Ausgaben für die Arbeiterräte selbst entstanden sind.

Die aus politischen Gründen wiederholt vorgenommenen Entlassungen sollen dem Vollzugsrat ebenfalls Anlaß zur Stellungnahme. Es wurde folgender Beschluß angenommen:

„Der Vollzugsrat hält es mit dem Recht auf freie politische Überzeugung jedes Staatsbürgers für völlig unannehmbar, daß ein Arbeiter, Angestellter oder ein nicht politischer Beamter aus politischen Gründen entlassen wird, und ersucht die Arbeiterräte Groß-Berlins, Entscheidungen nach dieser Richtung im Sinne des eingangs angeführten Grundgesetzes zu treffen.“

Mitgeteilt wurde ferner, daß die Kommandantur in Berlin sich berufen fühlt, in ihren Tagesbefehlen die Soldatenposten darauf hinzuweisen, den von den Kommunisten einberufenen Versammlungen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die Folge davon war, daß ein in der Wilmerslager Straße der Staatsarbeiter von 40 holländischen Soldaten befehligt wurde. Auch hier handelt es sich um Ueberrückgebliebene, denen entgegengetreten werden muß.

Weiter wurde beschlossen, daß am Sonnabend eine Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte einberufen werden soll, die über die Tätigkeit und den Wirkungsbereich der Arbeiterräte nach den Wahlen Stellung nehmen soll.

Der in dem vorstehenden Bericht des Vollzugsrats erwähnte Kommandanturbefehl ist uns durch Zufall zur Kenntnis gekommen. Wir drucken dieses interessante Dokument nachstehend ab:

Heute von 10 Uhr abends an kommunale Versammlungen in verschiedenen Orten. Die Truppenteile

haben in ihren Sicherheitsabteilungen durch Patrouillen für Aufklärung in der kommenden Nacht zu sorgen. Im übrigen gilt Kommandanturbefehl vom 22. Februar weiter. Kommandantur, Abt. Pers. 6830.

Groß-Berlin.

Zum Wahlausfall.

Der Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in Berlin hat bei unsren Genossen frohe Genugung, bei unsren Gegnern große Niedergerücktheit hervorgerufen. Die bürgerlichen Parteien haben gegen die letzten Wahlen starke Verluste erlitten und sie müssen ihre Hoffnungen erheblich herabschrauben. Am Grabe steht die Deutsch-demokratische Partei, die als Kommunalstreifennige im Rathaus kraft des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzer-Privilegs die unumschränkte Herrschaft ausübte. Daß sie so schlecht abschnitten würde, indem sie mit ganzen zwanzig Mandaten zurückkehrte, haben sich ihre Führer wohl selber kaum träumen lassen. Dafür treten aber die Deutschnationale, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum ins Rathaus ein, die bisher noch keine Vertretung hatten. Die Deutschdemokraten haben durch die Agitation ihrer Hausbesitzerkandidaten Labandorf und Bissing bei ihren eigenen Anhängern viel eingebüßt und haben das recht zu beklagen.

Am schlimmsten sind die Mehrheitssozialisten daran, die in Berlin keine Mehrheit mehr aufweisen können. Sie haben eine Schlappe erlitten, die sie so bald nicht wieder anschieben können. Wir hoffen, daß weitere folgen werden. Am 19. Januar rund um 100 000 voraus, am 26. Januar nur noch 70 000 Vorprung und jetzt noch 5 Wochen nach der ersten Wahl hinter uns gedrückt, das ist bitter. Der sonst so schwabastische „Vorwärts“ war ganz schweigmäßig geworden, er mußte seine Siegesfanfare, mit der er seine Montagsnummer in die Welt hinausgehen lassen wollte, unterlassen, es war ihm vergangen ob des niederschmetternden Ergebnisses. Ganz nüchtern registrierte er am Montag die Ziffern, die immer schlichter wurden. Am Dienstagmorgen raffte sich die Redaktion zu einem Verlegenheits-gestammel auf: Mangel an Kräften, an Organisation und anderes sollen Schuld sein und müßten bald ausgeglichen werden. Die bösen Unabhängigen seien besser daran gewesen, beschwichtigte er seine Leute. Wir wissen, wie sehr die eigenen Anhänger über diesen Ausgang verärgert sind. Viele von ihnen schrieben die Schuld auf die famose Kandidatenliste. Man habe alle möglichen Leute, die kaum in die Partei gekommen seien, als Kandidaten auf die Liste gesetzt, nur zu dem Zwecke, um möglichst viele Berufs-kategorien für die Liste zu gewinnen. Man habe, so sagen viele S. B. D. - Leute selber, Postbeamte, Oberwachmeister, Schulleute u. a. aufgestellt, um die Stimmen dieser Beamten-kategorien zu ergattern, und habe dadurch viele Arbeiter vor den Kopf gestoßen. Diese Einwände mögen manches für sich haben. Aber die Herren waren ja gezwungen, so zu verfahren, weil sie sich auf die Arbeiter immer weniger stützen können. Entscheidend bleibt aber doch die Politik, die von dieser Partei und ihren Führern getrieben worden ist. Diese Politik ist eben keine proletarische. Und deshalb die steigende Abneigung der Arbeiter an diese Partei.

Uns wird unser Erfolg nicht übermäßig machen, wissen wir doch, daß noch viel gearbeitet werden muß, um immer größere Kreise anzuschließen und ihnen immer wieder zu sagen, daß Wahlen allein, und seien es die besten, nicht das A und O unserer Bewegung ausmachen. Wir dürfen wir vergessen, auch nicht bei Wahlen: Immer müssen die Arbeiter auf ihre Kraft sich allein verlassen, müssen sich ihrer Macht bewußt werden. Dann — aber auch nur dann — können sie alles, können sie alle Herrschaft abschütteln.

Wie für tuberkulöse Krieger gesorgt wird.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Seit einiger Zeit sind mehrere Heilstätten, die während der Kriegszeit zur Aufnahme und Behandlung für lungentuberkulöse Krieger bestimmt waren, aufgelöst bzw. geschlossen oder für Militärpatienten gesperrt. Von lungentuberkulösen Militärpatienten, die sich meistens schon seit längerer Zeit hier in den Lungenkuren in Berlin befinden, ist jetzt dadurch die Möglichkeit genommen, so schnell wie möglich zur Erhaltung ihrer Gesundheit eine Kur zu gebrauchen. Die Patienten warten nun monatelang in den Lazaretten, in denen es oft an sanitären Einrichtungen speziell zur Behandlung für Lungentuberkulose mangelt, zur Verendung in eine Heilstätte. Wie dürfen nun als Dank für die Aufopferung ihrer Gesundheit zusehen, wie sich ihr Leiden durch die unverantwortliche Haltung der maßgebenden Stellen verschlimmert. Wo bleibt bei diesen Umständen das Sanitätsamt und vor allem die Regierung. Sind derselben die Zustände bekannt? Wenn die zuständigen Stellen sich der Verantwortlichkeit ihrer Tätigkeit bewußt sein würden, dann würden solche Zustände nicht möglich sein. Bei der alten Regierung wurde für unsere lungentuberkulösen Krieger gesorgt, bei der neuen Regierung scheint man sich der Pflicht nicht bewußt zu sein. Hat man nicht die Macht, die Zustände zu ändern, oder treibt man mit dem heiligsten Gute des Menschlichen Finanzpolitik.“

Wenigstens müßte man es glauben. Was ist in heutigen Zeiten unmöglich. Es ist die Aufgabe einer sozial denkenden Regierung, hier für schleunige Abhilfe dieses Mißstandes zu sorgen.

Achtung! Soldatenräte des III. Armeekorps!

Am Donnerstag, den 27. Februar 1919, vorm. 10 Uhr, findet im Plenarsaal des Herrenhauses eine Vollversammlung aller Soldatenräte des III. A. K. statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Zentral-Soldatenrats; 2. Wahl des Korps-Soldatenrats; 3. Diskussion.

Der Zentral-Soldatenrat des III. A. K.
J. A.: Postk., 1. Schriftführer.

Unzulässige Agitation im Wahllokal.

Uns wird mitgeteilt, daß am Sonntag bei der Wahl im 726. Stimmbezirk im Lokal von Rade, Rathenower Straße 41, von einigen Herren Sammelstellen unter dem Deckmantel „zur Bestreitung unserer Kriegsgefangenen“ herangezogen wurden. Die Wähler und Wählerinnen sollen direkt im Wahlzimmer zum Zeichnen eines Beitrages auf dieser Liste aufgefordert worden sein, und es sollen auch bis zum Abend 180 Kart zusammengekommen sein. In Wirklichkeit — so wird uns berichtet — sollen die Sammler für eine politische Partei gesammelt haben, denn auf der Liste standen die Worte gedruckt: „Bericht Mitglied der Volkspartei.“ Wenn das der Fall ist, dann wäre das eine,

